



Mag. Karl Koller, Obmann von Nova EUropa

Referat bei der Nova EUropa - Klausur am 13.1.2007 in der Politischen Akademie:

"Gründung und Politik der Europäischen Föderation – Einleitung und Kapitel: Politik der weltweiten Ökosozialen Marktwirtschaft".

Ein herzliches Grüß Gott allen Teilnehmern unserer heurigen Klausur – besonders herzlich begrüßen darf ich die Mitglieder unseres Präsidiums – an deren Spitze dessen Vorsitzenden DDr. Friedrich König. Ihr habt Euch diesmal alle nebeneinander gesetzt, daher darf ich gleich in der von Euch gewählten Reihenfolge General Karl Majcen, Prof. Dr. Heinrich Wohlmeyer und Botschafter Dr. Erich Hochleitner begrüßen. Sehr herzlich darf ich – noch als Gast – Botschafter Dr. Manfred Scheich begrüßen. Bei der Herfahrt hat mich Vzgl. Dr. Josef Riegler angerufen, der für die Klausur angemeldet war und mir leider mitgeteilt hat, dass er mit 40 Grad Fieber im Bett liegt – er lässt Euch alle herzlich grüßen und wünscht unserer Tagung viel Erfolg.

Wie soll die heurige Klausur ablaufen?

Nun, nach der notwendigen Einleitung werden ich Überlegungen und Stand der Diskussion zum Kapitel 3 unseres in Arbeit befindlichen Positionspapiers darlegen: "Politik der weltweiten ökosozialen Marktwirtschaft".

Nach dem Essen wird Christoph Korosec Konzeption und Ideen zum Kapitel 2 "Gesellschafts-, Innen- und Justizpolitik nach europäischen Wertvorstellungen" präsentieren.

Zum Schluss werde ich das vierte Kapitel "Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Föderation" vorstellen.

Einleitungsteil:

Ich möchte hier zunächst dasselbe sagen, wie schon letztes Jahr – um auch jene, die nicht permanent in den Arbeitskreisen mitarbeiten, inhaltlich abzuholen und mitzunehmen.

Unsere Analyse in unserem ersten Positionspapier hatte ergeben, dass die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts die da sind:

- der Klimawandel, der zur Klimakatastrophe zu werden droht, sowie die ganze Problematik der Bewahrung der Biosphäre;
- die Aufgabe der Sicherung von Freiheit und Frieden für Europa in unmittelbarer geographischer Nähe zum arabisch-islamischen Raum mit seiner explosiven Mischung aus Armut, Bevölkerungswachstum und religiösem Fanatismus;
- der Wunsch der breiten Bevölkerungsmehrheit am europäischen Wirtschafts- und Sozialmodell festzuhalten;

und ich möchte diesmal noch hinzufügen, dass wir in der Zwischenzeit als weitere wichtige Herausforderung die

- die Aufgabe des Erhalts und der Weiterentwicklung der Menschenrechte und der Errungenschaften des 20. Jahrhunderts, sowie die Gewährleistung der inneren Sicherheit Europas identifiziert haben. Im Konkreten geht es hier u.a. darum, dass wir nicht akzeptieren können, dass Zustände, die wir in Europa längst überwunden glaubten – wie Zwangsehen – oder Unmenschlichkeiten, die es hier nie gegeben hat – wie die weibliche Genitalverstümmelung – über Zuwanderung erstmals oder wieder üblich werden.

Der größte Teil diese vier genannten Herausforderungen kann von den europäischen Nationalstaaten wie auch von der Europäischen Union in ihrer jetzigen Organisationsform nicht bewältigt werden.

Unsere Schlussfolgerung war, dass es zur Bewältigung dieser Herausforderungen aus europäischer Sicht – d.h. wenn wir Akteur und nicht Spielball der Geschichte sein wollen – dass es zur Bewältigung der Herausforderungen eines zumindest kerneuropäischen Bundesstaates bedarf.

Nicht nur, aber auch um diese These zu untermauern haben wir uns zum Ziel gesetzt, Politiken auf unserer weltanschaulichen Basis, also christlich- bzw. ökosoziale Politiken, für eine solche Europäische Föderation zu entwickeln. Dass diese Politiken es ermöglichen, die aktuellen Herausforderungen zu meistern belegt dann im Umkehrschluss, dass eine solche kerneuropäische Föderation eine historische Notwendigkeit ist!

Ich möchte hier nochmals betonen: Wir glauben, dass es möglich ist einen Politikmix zu konzipieren, mit dem wir in der Lage sind, Europa und die Welt auf einen positiven Entwicklungspfad zu bringen.

Das Projekt haben wir "Vision 2020" genannt. "Vision 2020" – deshalb, weil 2020 eine solche kerneuropäische Föderation bereit Realität sein kann. Wie schon letztes Jahr erläutert, gehen wir davon aus, dass die Zeit für die Gründung der Föderation um 2015 herum reif sein könnte.

Nun, zentrale Schlussfolgerung unserer vorjährigen Klausur war, dass

- auch diese kerneuropäische Föderation nicht in der Lage wäre, eine Ökosoziale Marktwirtschaft in einer vom globalen Neoliberalismus geprägten Weltwirtschaft aufzubauen und dass auch die Soziale Marktwirtschaft – die in den Nationalstaaten ja bereits unter massivem Druck steht – nicht aufrechterhalten werden könnte.
- Wir folgerten daraus, dass eine Globalisierung der Ökosozialen Marktwirtschaft notwendig ist.

Die letztjährige Analyse wurde in der Diskussion von den Klausur-Teilnehmern durchwegs als tiefend charakterisiert.

Für das nächste Arbeitsjahr sollte es Aufgabe der Wirtschaftspolitik-Gruppe sein, die notwendigen Politiken zum Aufbau eines globalen Gegenmodells zum Neoliberalismus – also, den Aufbau einer ökosozial orientierten Staatengruppe unter der Führung einer Europäischen Föderation zu beschreiben.

Weiters sollten die anderen drei Arbeitskreise inhaltlich durchstarten.

Im Oktober wurde dann die Struktur gestrafft und die Arbeitskreise auf zwei reduziert –

den **Arbeitskreis: "Gesellschaftspolitik, Innen- und Justizpolitik"** unter der Leitung von Christoph Korosec und seinem Stellvertreter Harald Pfannhauser

und den Arbeitskreis: **"Ökosoziale Marktwirtschaft, Außen- und Äußere Sicherheitspolitik"** unter meiner Leitung, wobei ich den Arbeitskreis in zwei Arbeitsgruppen führe. Stellvertreter für den Bereich Wirtschaft ist Reinhard Petschnigg und Stellvertreter für den Bereich Außenpolitik Thomas Kath.

Wie weit sind wir gekommen?

Wir haben in diesem Arbeitsjahr das im Vorjahr präsentierte Papier "Auf dem Weg zu einer weltweiten Ökosozialen Marktwirtschaft" in das "Positionspapier Nr. 3 - Gründung und Politik der Europäischen Föderation" integriert. In dieses Positionspapier werden also alle von uns im Rahmen des Projekts "Vision 2020" entwickelten und noch zu entwickelnden Politiken einfließen.

Wenn das Papier dann fertig ist, werden wir auf Basis des ersten und des dritten Positionspapiers ein Buch konzipieren.

Politik der weltweiten Ökosozialen Marktwirtschaft

Ausgehend von der letztjährigen Klausur haben wir uns zunächst in der Wirtschaftspolitikgruppe mit der Frage des Aufbaus einer ökosozialen Staatengruppe als globalem Gegenmodell zum Neoliberalismus beschäftigt. Die Debatte kreiste darum, ob Kapitalverkehrskontrollen und Zölle gegenüber den Staaten außerhalb der Ökosozialen Gruppe notwendig seien. Da wir damit nicht wirklich weitergekommen sind, haben wir uns entschlossen, einen anderen Weg zu gehen:

Wir beschäftigen uns dzt. mit der Formulierung einer ökosozialen Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialpolitik unter der Annahme, das Problem der nur mehr sehr eingeschränkt vorhandenen wirtschaftspolitischen Handlungsfähigkeit der Staaten aufgrund globaler Konkurrenz und schrankenloser Kapitalmärkte sei gelöst.

Im Klartext heißt das,

- wir konzipieren eine Politik unter der Annahme, der Primat der Politik über die Wirtschaft sei wieder hergestellt.
- Oder einfacher formuliert: wir lassen das Argument "das geht nicht wegen der Globalisierung" nicht gelten.

Natürlich wollen wir uns in einem zweiten Schritt dann wieder der Frage zuwenden:

Wie können bzw. müssen die globalen ökonomischen Rahmenbedingungen geändert werden, um die konzipierte ökosoziale Wirtschaftspolitik umsetzen zu können?

Also zum ersten Schritt: Wie soll eine ökosoziale Wirtschaftspolitik aussehen?

Und wenn ich Wirtschaftspolitik sage, dann soll hier immer auch Umwelt- und Sozialpolitik mit eingeschlossen sein.

Wir wollen eine Wirtschaftspolitik, wir wollen einen Wirtschaftspolitik-Mix konzipieren

- mit dem der technologische Fortschritt und die laufende Produktivitätssteigerung gefördert werden. Dies mit dem Ziel,
 - als Europäische Föderation in der Welt eines, wenn nicht das technologisch führende Land zu sein
 - und mit der Zielsetzung, den Wohlstand und die Lebensqualität der Bevölkerung durch Güter- und Freizeitzuwachs mehren zu können.
- Wir wollen eine Wirtschaftspolitik, die für eine gerechte Verteilung des Wohlstands, insb. des Produktivitätsfortschritts, sorgt.
- Wir wollen eine Wirtschaftspolitik, die für Vollbeschäftigung sorgt! Wir sind davon überzeugt, dass es möglich ist, mit der richtigen Politik wieder das Vollbeschäftigungsziel zu erreichen.
- Wir wollen eine Politik und daher auch eine Wirtschaftspolitik, die Familie und Kinder möglich macht – mit dem Ziel, dass die Bevölkerungszahl konstant bleibt oder leicht schrumpft.

Ich möchte hier dazusagen: Wir wollen keine wachsende Bevölkerung – denn wir sind ohnehin bereits zu viele auf unseren Planeten. Da eine Konstanz wohl nicht erreichbar ist, halte ich das Ziel einer leicht schrumpfenden Bevölkerung für erstrebenswert, womit – im Gegensatz zu einer stark schrumpfenden Bevölkerung – eine Überalterung vermieden werden kann.

- Und – besonders wichtig – wir wollen eine Wirtschaftspolitik, die den Klimawandel stoppt und die Schöpfung bewahrt.

Viele werden vielleicht denken, diese Ziele sind nicht unter einen Hut zu bringen.

Ich bin aber davon überzeugt, der richtige Politikmix macht die Erreichung aller Ziele möglich.

Eine solche ökosoziale Wirtschaftspolitik steht auf fünf Pfeilern:

- Der Sicherung der Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft;
- Einer Politik des nachhaltigen Wachstums, der permanenten Innovation und der Vollbeschäftigung;
- Einer Politik der finanziellen Stabilität;
- Einer Politik der sozialen Gerechtigkeit;
- Und einer Politik der ökologischen Nachhaltigkeit;

Ich darf diese fünf Pfeiler, die auch Kapitel unseres Positionspapiers sein werden, durchgehen:

Mit "Sicherung der Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft" ist jene Grundvoraussetzung einer Marktwirtschaft gemeint, die schon Walter Eucken ins Zentrum seiner Überlegungen zur Sozialen Marktwirtschaft gestellt hat: Aufgabe der Politik ist es, der Wirtschaft einen stabilen Ordnungsrahmen zu schaffen, wobei dazu insb. Regelungen zur Fusions- und Kartellkontrolle gehören, um den Wettbewerb – der ja die zentrale Antriebskraft einer Marktwirtschaft ist – um den Wettbewerb aufrechterhalten zu können.

Wir haben dieses Kapitel noch nicht diskutiert – aber das Problem wird bereits im Analyseteil angesprochen: "Das Fusionskarussell dreht sich immer schneller und es entstehen zunehmend oligopolistische Märkte."

Was wäre zu tun?

- Die Wettbewerbsbehörden müssen Fusionen auch dann untersagen, wenn der Wettbewerb auch nur in geringem Maße eingeschränkt wird.
- Und sie müssen verhindern, dass – selbst bei noch intaktem Wettbewerb – immer mächtigere Konzernkonglomerate entstehen, die in der Lage sind ihre Partikularinteressen gegen die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung, gegen demokratisch gewählte Regierungen und Parlamente, also mit einem Wort gegen das Gemeinwohl durchzusetzen.
- Zum Dritten müssen bereits bestehende Oligopole und erst recht Monopole durch angeordnete Entflechtungsmaßnahmen aufgelöst werden.

"Politik des nachhaltigen Wachstums, der permanenten Innovation und der Vollbeschäftigung":

In der Welt des globalen Standortwettbewerbs setzt man praktisch nur mehr auf eine angebotsorientierte Politik, auf die sogenannte "Verbesserung des Wirtschaftsstandorts". Da geht es um Infrastruktur, Bildung aber auch um niedrige Unternehmens- und Kapitalertragssteuern, nicht zu hohe Umweltauflagen, hinter der Produktivitätsentwicklung zurückbleibende Löhne – mit all den Nachteilen für Binnennachfrage, Biosphäre, Steuerbasis des Staates, das Gerechtigkeitsziel ...

... und das ohne Unternehmen und Konzerne nachhaltig im Lande halten zu können.

Eine vernünftige und funktionierende Wachstumspolitik – wobei, wie wir wissen, andere globale Rahmenbedingungen notwendig wären – eine funktionierende und nachhaltige Wachstumspolitik muss auf zwei Beinen stehen: Es muss sich um eine kombinierte Politik aus angebotsorientierten und nachfrageorientierten Maßnahmen handeln. Gott hat dem Ökonomen zwei Augen gegeben, "eines für die Angebots- und das andere für die Nachfrageseite", sagte schon Samuelson.

Ich darf hier schlaglichtartig diese kombinierte Politik skizzieren:

Es geht um

- ⇒ *Ständige Produktivitätssteigerung – der Arbeits- wie der Ressourcenproduktivität – also um Forschungs- und Innovationspolitik;*
- ⇒ *aktive europäische Industriepolitik;*
- ⇒ *Bildungspolitik;*
- ⇒ *Infrastrukturpolitik*
- ⇒ *Entlastung des Faktors Arbeit;*
- ⇒ *produktivitätsorientierte Lohnpolitik und eine Politik der Arbeitszeitverkürzung;*
- ⇒ *Konjunkturpolitik;*

⇒ *Ständige Produktivitätssteigerung, Forschungs- und Innovationspolitik*

Das wahrscheinlich wichtigste angebotsorientierte Politikinstrument ist die Forschungspolitik.

- Nur durch den technischen Fortschritt kann die Arbeitsproduktivität steigen und damit die Basis für eine Mehrung des Wohlstands und der Lebensqualität geschaffen werden.
- Nur durch den technischen Fortschritt kann die Ressourcenproduktivität erhöht werden und können umweltschonende Produktionsverfahren die Basis schaffen – für einen sparsamen Umgang mit Energie und Ressourcen und eine Wirtschaftsweise, die sich im Einklang mit dem Ziel der Bewahrung der Schöpfung befindet.

Die technologische Innovationsfähigkeit ist aber nicht nur wirtschaftlich und umweltpolitisch bedeutsam, sondern auch entscheidend für die Macht – und damit den globalen Einfluss – eines Staates.

Nur durch Forschung und Entwicklung können wir es schaffen, technologisch führend in der Welt zu werden – oder bescheidener – zumindest mit den USA mithalten zu können.

Der Wettbewerb und der Kostendruck sind die entscheidenden Triebkräfte für Forschung und Entwicklung.

- Eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik und Arbeitszeitverkürzung, die sogenannten Produktivitätspeitschen, sind die entscheidenden Triebkräfte für die Erhöhung der Arbeitsproduktivität – die selbst wieder Basis für diese Politiken ist. Es gibt hier eine Wechselwirkung!
- Eine ökologische Steuerreform, also die Verteuerung von Energie- Ressourcen- und Umweltverbrauch, ist die entscheidende Triebkraft für Innovationen zur Erhöhung von Ressourcenproduktivität und Schadstoffminderung.

Neben den Politiken, die die Marktmechanismen nutzen, sind aber auch die zentralstaatlichen Budgets unverzichtbar für den Fortschritt – gerade in Bereichen, wo kommerzielle Interessen fehlen oder die Bedürftigen nicht über die nötige Kaufkraft verfügen.

- Denken wir an staatliche Forschungseinrichtungen zur Bekämpfung von Seuchen und tödlichen Krankheiten – gerade in der Dritten Welt – wofür viel zu wenig Mittel zur Verfügung gestellt werden.
- Und denken wir hier aber auch – und wir sehen das in den USA – an die Budgets der Streitkräfte oder der European Space Agency, des europäischen Pendant zur NASA, als bedeutende Förderkräfte für den technischen Fortschritt.

Hier kann gleich angeschlossen werden: Wir halten ganz im Sinne der Innovationsförderung eine

⇒ *aktive europäische Industriepolitik*

für sinnvoll und notwendig.

Mit aktiver europäischer Industriepolitik meine ich, dass in strategisch wichtigen Branchen der Aufbau solcher Industriezweige und deren Erhalt wichtiger sind als Markt und Wettbewerb. Wobei, das möchte ich hier gleich dazusagen, die Verhinderung des Entstehens globaler Monopole sehr Wohl im Sinne einer funktionierenden Marktwirtschaft ist. So wäre Airbus nicht ohne aktive Förderung seitens europäischer Staaten entstanden – wir hätten längst ein US-Monopol.

Solche strategisch wichtige Branchen sind

- Rüstung
- Raumfahrt
- Luftfahrt
- und eventuell auch strategisch wichtige Unternehmen aus den Bereichen Energie, Metallurgie und Pharma.

Wir halten es daher für notwendig, dass die Europäische Föderation

- beim Aufbau von strategisch wichtigen Industriezweigen aktiv mithilft – sei es durch die Beschaffungspolitik z.B. der Streitkräfte, sei es – wenn notwendig – durch Startsubventionen oder Eigentümerfunktion.
- Wir halten es des Weiteren für wichtig – wenn notwendig – die Existenz solcher Unternehmen zu sichern.
- Und wir halten es zum Dritten für sinnvoll, zu verhindern, dass strategisch wichtige Branchen und Unternehmen unter den Einfluss ausländischer insb. konkurrierender oder gar feindlicher Mächte geraten. Daher sind wir Befürworter von Kernaktionärs-Beteiligungen des Staates an strategisch wichtigen Unternehmen um sog. feindliche Übernahmen verhindern zu können. Ein aktuelles Beispiel ist die Übernahme des luxemburgisch-französisch-spanischen Stahlkonzerns ARCELOR durch die indisch/britische MITTAL-STEEL, wo Luxemburg mit seinen etwas über 5 % die Übernahme nicht verhindern konnte.
- Rüstungsunternehmen sollten sich zu 100 % in Staatsbesitz befinden, um zu verhindern, dass die Notwendigkeit der profitablen Unternehmensführung zu unerwünschten Rüstungsgeschäften führt.

Ebenso zentral ist die

⇒ *Bildungspolitik*:

Ich brauche hier nicht viele Worte zu verlieren, denn es ist uns ohnedies allen klar, dass eine gut ausgebildete Arbeitnehmerschaft Grundvoraussetzung einer innovationsfähigen Wirtschaft ist.

Wenn erst vor Kurzem seitens der Wiener Technischen Universität Alarm geschlagen wurde, dass es viel zu wenig Technik-Studenten gibt – und wir sind hier in Europa keine Ausnahme – dann ist klar, dass wir alles tun müssen, um mehr Studenten an die technischen Universitäten zu bringen.

Aber es gibt auch einen Facharbeitermangel, während wir regelmäßig über hohe Arbeitslosenzahlen und fehlende Lehrstellen klagen.

Christoph wird das näher ausführen: Wir brauchen ein effizienteres Bildungssystem und mehr Mut in der Bildungspolitik. Wir müssen Schulen und Universitäten an die veränderten Anforderungen und die geänderten gesellschaftlichen Realitäten anpassen.

Eine gut ausgebaute

⇒ *Infrastruktur*,

Verkehrsnetze, Energieversorgung ... ist ganz entscheidend für nachhaltiges Wachstum. "Transeuropäischen Netze" sind hier ein Stichwort.

⇒ *Entlastung des Faktors Arbeit*

Ein wichtiger Punkt, um die Nachfrage nach Arbeit zu erhöhen, ist es, sie billiger zu machen.

- Dies aber ohne dass die Nettoeinkommen und damit die Güternachfrage schrumpfen, was erst recht zu Entlassungen und höherer Arbeitslosigkeit führt.
- Es sollen aber auch die Beiträge zu den sozialen Sicherungssystemen, also die Lohnnebenkosten, nicht reduziert werden – wenn die Folgen niedrigere Pensionen und eine schlechtere medizinische Versorgung sind!

Unser Vorschlag ist eine Umfinanzierung der sozialen Sicherungssysteme:

Neben dem Produktionsfaktor Arbeit muss auch der Produktionsfaktor Kapital in gleichem Ausmaß belastet und damit der Faktor Arbeit entlastet werden. Das heißt, die Beitragsgrundlage muss so verbreitert werden, dass die gesamte Wertschöpfung zur Finanzierung herangezogen wird.

Im Klartext: Neben den Löhnen müssen auch Gewinne, von Unternehmen bezahlte Zinsen, Mieten und Pachten und vor allem die Abschreibungen als "Lohn" des Sachkapitals in die Bemessungsgrundlage einbezogen werden!

- Diese von uns vorgeschlagene Finanzierung entkoppelt die Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme von der Demographie und koppelt sie an die Entwicklung des realen BIP.
- Sie ist gerechter, weil durch das bestehende System arbeitsintensive gegenüber kapitalintensiver Produktion benachteiligt wird.
- Sie ist im Sinne des Umweltschutzes – denn damit wird Reparieren billiger und Produzieren teurer.
- Und sie ist – ganz im Sinne des vorhin gesagten – beschäftigungsfördernd. Wichtig wird hier auch sein, dass dadurch Arbeit aus der Schattenwirtschaft in die offizielle Wirtschaft zurückverlagert wird.

Die angebotsorientierte Politik wird nur zum Erfolg führen, wenn genügend Nachfrage für den Absatz der Produktion sorgt.

Wichtigster Punkt ist hier eine

⇒ *produktivitätsorientierte Lohnpolitik und eine Politik der Arbeitszeitverkürzung*

Das heißt nichts anderes als, dass die Reallöhne im Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätssteigerung wachsen sollen – und nicht unterproportional, wie seit dem Ende der 70er Jahre. Erst kürzlich ergab eine Umfrage in Deutschland, dass die Menschen nicht glauben, dass das dzt. hohe Wirtschaftswachstum über ausreichende Lohnerhöhungen bei ihnen ankommt.

Warum ist das – neben dem Gerechtigkeitsargument – so wichtig? Deshalb, weil für die durch die Produktivitätssteigerung gewachsene Produktion auch die notwendige Nachfrage da sein muss, um steigende Arbeitslosigkeit zu verhindern.

Ich möchte hier noch ergänzen, dass auch die Weitergabe von Produktivitätssteigerung in Form wachsender Freizeit an die Arbeitnehmer eine sinnvolle Maßnahme ist – und zwar dann, wenn eine Volkswirtschaft bereits genügend Güter und Dienstleistungen für alle produziert.

Wir halten – wohlweislich in Kombination mit den anderen Maßnahmen, mit der Forschungspolitik, mit der Bildungspolitik – diesen Punkt für ganz zentral für das Ziel Vollbeschäftigung zu erreichen! Und die Punkte hängen ja zusammen, wie bereits ausgeführt.

Die zweite Komponente einer nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik ist die der
⇒ *staatlichen Konjunkturpolitik*

Wir schlagen hier eine antizyklische Budgetpolitik ohne aktives "Deficit spending" vor, welches ja mit dem Problem der Wirkungsverzögerung behaftet ist.

Das Steuer- und das Sozialsystem wirken in diesem Konzept als automatische Stabilisatoren:

- In der Hochkonjunktur werden in den Staats- und Sozialkassen Budgetüberschüsse erzielt – die Verwendung dieser Überschüsse zum Abbau der Staatsverschuldung wirkt dämpfend auf die überhitzte Konjunktur.
- In der Rezession steigt, aufgrund der wachsenden Inanspruchnahme der Sozialkassen und der sinkenden Steuern und Sozialversicherungsbeiträge, das Defizit – womit die gesamtwirtschaftliche Nachfrage gestützt wird.

Die dritte Säule ist die "Politik der Finanziellen Stabilität":

Die Finanzpolitik wurde gerade behandelt – wir wollen hier ein über den Konjunkturzyklus ausgeglichenes Budget, eine antizyklische Budgetpolitik, die in der Rezession Defizite in Kauf nimmt und in der Hochkonjunktur Überschüsse erwirtschaftet.

In der Geldpolitik sehen wir keinen wesentlichen Korrekturbedarf der EZB-Politik, schlagen aber vor, dass die geldpolitische Strategie pragmatischer angewandt wird. So soll sich z.B. die Inflationenkämpfung – anstatt des reflexartigen Drehens an der Zinsschraube – jeweils an den konkreten Ursachen des Preisauftriebs orientieren. Preisstabilität halten wir für eine unabdingbare Voraussetzung für nachhaltiges Wirtschaften und Vollbeschäftigung.

Ein wichtiger Punkt: Wir wollen, dass die Konvergenzkriterien – die sogenannten Maastricht-Kriterien – durch ein realwirtschaftliches Konvergenzkriterium ergänzt werden: In die Eurozone sollen nur Länder aufgenommen werden, deren Währungen einen nominellen Euro-Wechselkurs aufweisen dessen Abweichung vom Wechselkurs zu Kaufkraftstandards unter 40 % liegt.

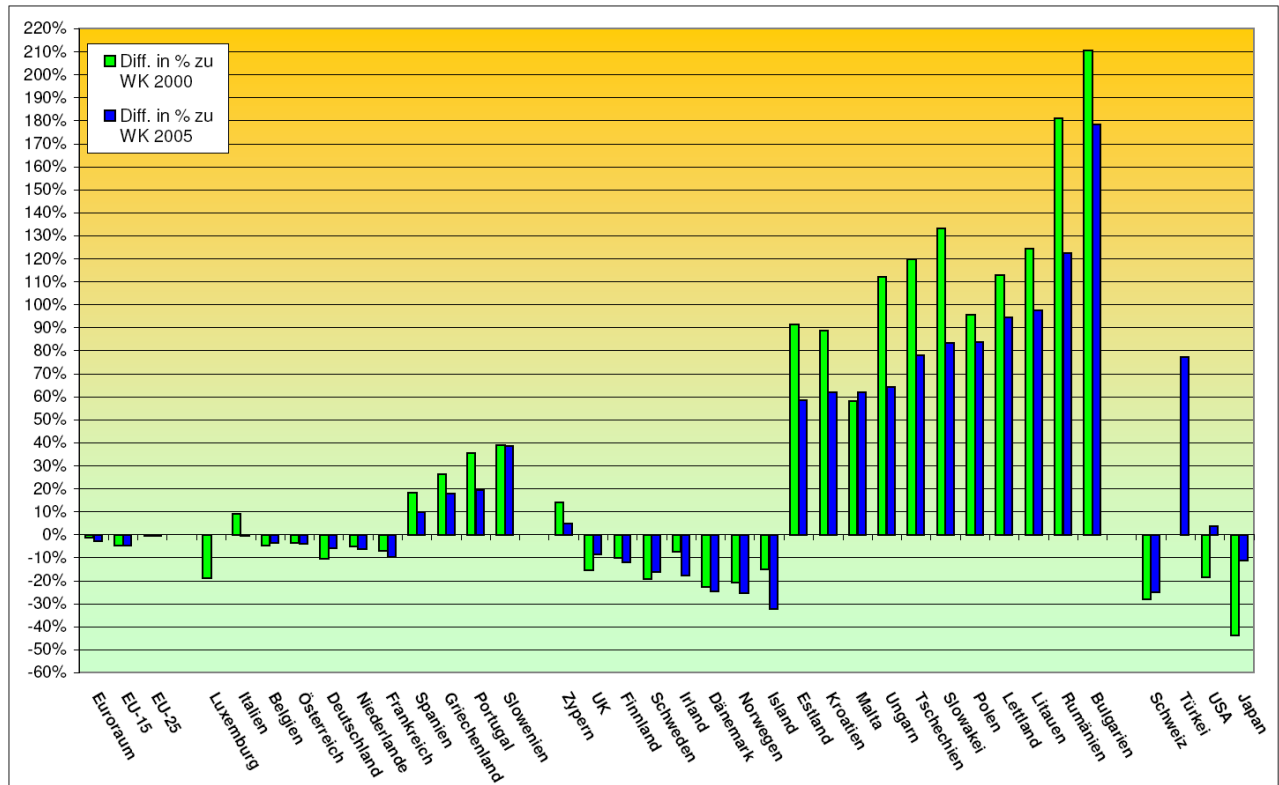
Warum? Weil bei Wegfall der Möglichkeit der Wechselkursanpassung die notwendigen realwirtschaftlichen Anpassungen nur über Preis- und Lohnsteigerungen erfolgen können.

Staaten, die wirtschaftlich aufholen, werden aufgrund niedriger Lohnkosten ab einem bestimmten Punkt ihrer Entwicklung Leistungsbilanzüberschüsse erzielen.

- Hat das Land eine eigene Währung, werden flexible Wechselkurse für eine Aufwertung der nationalen Währung sorgen:
 - Die Exporte werden sinken und die Importe steigen;
 - Durch die – aufgrund der Währungsaufwertung – billiger werdenden Importe steigt automatisch die Kaufkraft der Einkommen, ohne dass Gewerkschaften Lohnerhöhungen durchgesetzt haben. Die höhere Kaufkraft kommt u.a. wieder der Binnennachfrage zu Gute ...
Zudem dämpfen die billigeren Importe die Inflation – man spricht von Stabilitätsimport.

- Hat das Land aber bereits – verfrüht – den Euro eingeführt, kann der Anpassungsprozess nur über – aufgrund des wirtschaftlichen Erfolgs – beschleunigt steigende Löhne, freilich abhängig von der Stärke der Gewerkschaften, und in Folge steigender Preise, also Inflation, erfolgen.

Reale Konvergenz – Abweichung BIP/Kopf in Euro zu Wechselkursen und Kaufkraftstandards 2000 und 2005 (Quelle: Eurostat)



In der Frage der Banken und Finanzmarktaussicht setzen wir auf Transparenz und Kontrolle.

Die Trockenlegung von Finanzzentren, die sich der Geldwäsche und der Steuerhinterziehung widmen, ist im Text bereits angesprochen – muss aber noch konkretisiert werden.

Was wir auch noch behandeln müssen, sind negative Auswirkungen der Finanzmärkte auf die Realwirtschaft, wie z.B. dass eine Aktienbaisse zu Nachfrageeinbrüchen auf den Gütermärkten führt.

Die vierte Säule wäre eine Politik der sozialen Gerechtigkeit:

Im Sinne unsere christlich-sozialen Überzeugungen wollen wir eine Politik, die das Erwirtschaftete gerecht verteilt.

Die gerechte Finanzierung der Sozialsysteme durch die Einbeziehung der gesamten Wertschöpfung wurde bereits angesprochen. Dass wir für Pflichtversicherung und Umlagesystem eintreten und Privatversicherung und Kapitaldeckungssystem ablehnen ist detailliert im bereits vorhandenen Text begründet.

Zwei Punkte möchte ich hier noch erwähnen:

1. Im Sinne der sozialen Gerechtigkeit muss der Anteil der Pensionisten am Volkseinkommen mit deren steigendem Anteil an der Gesamtbevölkerung mitwachsen. Alles andere führt uns zurück in die Altenarmut.
2. Spitzenmedizin muss es für Alle geben.

Das Einkommens- und Unternehmenssteuersystem soll sich am Prinzip der Leistungsfähigkeit orientieren – das bedeutet ein progressives Steuersystem und eine Absage an die Flat-Tax!

Millionen-Jahreseinkommen, wo die Veranlagung eines Jahresgehalts bereits ein nicht unbeträchtliches Kapitaleinkommen ermöglicht, sollen hoch besteuert werden – womit auch signalisiert werden soll, dass solche hohen Einkommen im Sinne der Verteilungsgerechtigkeit unerwünscht sind.

Arbeitslosenversicherung und Sozialhilfe sollen dem Prinzip der sozialen Gerechtigkeit entsprechen aber auch mobilisieren. Ich denke hier daran, die Idee von Jürgen Rüttgers aufzugreifen: Wer lang in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat soll länger und höheres Arbeitslosengeld erhalten als jene, die nur kurz einzahlt haben.

Warum?

1. Der Missbrauch der Sozialsysteme – ein paar Monate arbeiten, dann ein paar Monate Arbeitslos – muss unattraktiv gemacht werden;
2. Gleichzeitig kann es nicht sein, dass Menschen, die jahrzehntelang gearbeitet haben und in älteren Jahren nur schwer eine neue Arbeit finden, nach einigen Monaten auf Sozialhilfeniveau fallen.

Die fünfte Säule wäre die Politik der ökologischen Nachhaltigkeit:

Angesichts des immer rascheren Klimawandels ist dies ein besonders wichtiges Politikfeld – wir brauchen hier radikale Maßnahmen. Wir schlagen daher eine wirksame ökologische Steuerreform vor, die auf folgende Elemente setzt:

- Energie-, Ressourcenverbrauch und Umweltverschmutzung wären durch stetig steigende Ökosteuern laufend zu verteuern, sodass Umweltverschmutzung und ineffiziente Ressourcen- und Energienutzung immer unrentabler und umweltschädlich erzeugte Produkte immer teurer werden.
- Die steigenden Preise für nicht nachhaltig erzeugte Produkte werden das Verbraucherverhalten ändern.
- Und die sinkende Nachfrage nach den teurer gewordenen Produkten und die gestiegenen Kosten werden Innovationen anstoßen, die zu steigender Ressourcenproduktivität und verringerter Umweltbelastung führen.

Durch die Steuern passiert nichts anderes, als dass dem Umweltverbrauch ein Preis gegeben wird und die Kurzfristigkeit der Märkte – die allein für die Preisbildung relevant ist – korrigiert wird. Durch die Korrektur von Marktversagen wird die Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft wiederhergestellt.

Die ökologische Steuerreform soll jedenfalls aufkommensneutral erfolgen. Das heißt, bei steigenden Ökosteureinnahmen soll eine andere Steuer sinken! Wir schlagen hier eine Kombination mit der Umsatzsteuer vor, weil beide Steuern regressiv wirken – also die Ärmern mehr als die Reicheren treffen.

⇒ Steigen die Ökosteureinnahmen, wird der Umsatzsteuersatz gesenkt.

⇒ Beginnen die Ökosteuern zu wirken und sinkt damit deren Aufkommen, werden die Steuersätze so lange erhöht, bis kein positiver Umwelteffekt mehr erzielt werden kann. Bei optimaler Wirksamkeit wird das Umweltsteueraufkommen zu niedrig sein, sodass der Umsatzsteuersatz wieder angehoben werden muss.

Wir wollen in diesem Kapitel auch die Auswirkungen einer solchen ökosozialen Steuerreform beschreiben:

- die Auswirkungen auf die Landwirtschaft
- auf den Verkehr – die Bahn wird der große Gewinner sein

Ansprechen möchte ich hier noch die Energiepolitik: Ich persönlich glaube nicht, dass es möglich sein wird aus der Verbrennung fossiler Energie komplett auszusteigen, ohne die Kernenergie zu nutzen.

Wichtig ist hier auch das Argument, dass wir aufgrund der Notwendigkeit der nuklearen Abschreckung ohnedies nicht aus der Atomwirtschaft aussteigen können.

- Wir brauchen eine Plutoniumproduktion.
- Wir brauchen genügend Techniker, die den ganzen nuklearen Kreislauf beherrschen.

⇒ Ich persönlich glaube nicht, dass man die Atomtechnik nur militärisch nutzen kann.

⇒ Ich glaube nicht, dass wir bei ausschließlich militärischer Nutzung genügend Techniker haben würden, um nukleartechnologisch führend zu bleiben.

⇒ Und ich glaube nicht, dass es – wenn wir eine militärische Atomwirtschaft betreiben – umweltpolitisch sinnvoll ist, sie zivil nicht zu nutzen.

Die militärische und die zivile Nutzung der Nukleartechnologie sind siamesische Zwillinge!

Wir sollten uns daher vielmehr darauf konzentrieren,

⇒ die Atomkraft sicherer zu machen

⇒ und das Endlagerproblem zu lösen – und das müssen wir ohnedies, auch wenn wir aus der zivilen Atomkraftnutzung aussteigen würden.

Wenn wir die hier skizzierten Politiken ausformuliert haben, werden wir uns erneut der Frage widmen, wie wir die Rahmenbedingungen für die Ermöglichung einer solchen Politik herstellen können. Ich möchte das hier aus Zeitgründen kurz machen:

Am einfachsten und am besten wäre es, wenn es gelänge eine globale Wende hin zu einer ökologisch und sozial regulierten Weltökonomie zu schaffen. Es müsste also versucht werden, die neben Europa entscheidenden Global Players zu überzeugen – also die USA vor allem, aber auch Japan und wahrscheinlich China, Russland, Indien ...

Eine Europäische Föderation bzw. eine durch die Föderation politisch dominierte Europäische Union hätte hier zweifellos ein anderes politisches Gewicht als die inhomogene und uneinige EU. Das spricht ganz entscheidend für die Sinnhaftigkeit dieser kerneuropäischen Föderation.

Die zweite Möglichkeit, die wir hauptsächlich beschreiben wollen, ist jene, eine ökosozial orientierte Staatengruppe rund um die Europäische Union aufzubauen.

Beim ersten Weg muss die Frage beantwortet werden, wie solche ökologischen und sozialen Regeln ausschauen sollen?

Welche Regulierungen sind erforderlich um es den Staaten zu ermöglichen,

- eine ökologisch nachhaltige
- und sozial gerechte Politik

zu verfolgen?

Wie ist es möglich, oder wäre es überhaupt möglich, dass die Staaten ihre Handlungsfähigkeit zurückgewinnen? Ist der Primat der Staaten über die Wirtschaft wieder herstellbar? Oder nur der Primat der Staatengemeinschaft über die Wirtschaft?

Welche Institutionen braucht eine solche ökologisch und sozial regulierte Weltwirtschaft? Wie müssten IWF, Weltbank, WTO umgebaut werden? Bräuchte es zusätzlicher Institutionen?

Bei der Beschreibung des zweiten Weges – des Aufbaus einer Ökosozialen Staatengruppe, einer alternativen ökosozialen Globalisierung, wären die vorhin gestellten Fragen ebenso zu beantworten. Und zwar deshalb, weil das interne Funktionieren der Ökosozialen Staatengruppe geregelt werden müsste. Und die Frage – wer kann dazugehören? Welche Politik muss gemacht werden, wenn man dabei sein will? ...Nur als Beispiel: Eine symbolische ökologische Steuerreform kann nicht reichen aber genauso wenig können wir die Steuern in der Staatengruppe harmonisieren ...

Zusätzlich müsste die Frage der freundschaftlichen Koexistenz mit den wirtschaftsliberal orientierten Ländern gelöst werden. Braucht es Kapitalverkehrskontrollen und Zölle?

Schon im zur Jänner-Klausur 2006 vorgelegten Papier war zu lesen: "Die Herausforderung besteht hier darin, ein gleichberechtigtes Miteinander eines Systems regulierter Globalökonomie und eines Systems einer weitgehend deregulierten Globalökonomie zu organisieren".

Nun, wir haben hier eine Menge Arbeit vor uns und ich denke auch eine Menge an Stoff für die nun anschließende Diskussion.